

**Oldenburger Universitätsreden**

**Nr. 2**

Michael Daxner / Horst Zilleßen

**Reden aus Anlaß  
der Übergabe und Übernahme  
des Präsidentenamtes  
an der  
Universität Oldenburg**

**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg  
1986**



## VORWORT

Im zentralen Hörsaal der naturwissenschaftlichen Neubauten der Universität Oldenburg am Standort Carl-von-Ossietzky-Straße fand am 1. Oktober 1986 die Einführung des zweiten Präsidenten der Universität Oldenburg statt. Der vom Konzil am 11. Juni 1986 gewählte Osnabrücker Hochschullehrer, Prof. Dr. Michael Daxner, übernahm das Präsidentenamt vom bisherigen Amtsinhaber Dr. Horst Zilleßen, der die Hochschule von 1980 bis 1986 leitete. Wir veröffentlichen in dieser zweiten Ausgabe der Oldenburger Universitätsreden die Ansprachen, die von den beiden Wissenschaftlern gehalten wurden und verbinden damit den Wunsch an die Öffentlichkeit, die weitere Entwicklung der Universität Oldenburg mit kritischer Solidarität zu begleiten.

Oldenburg 15. Oktober 1986

Friedrich W. Busch

## **HORST ZILLEBEN**

### *Rede des scheidenden Präsidenten der Universität Oldenburg*

Meine Damen und Herren!

Es ist eine gute Tradition, daß der scheidende Präsident oder Rektor einer Universität aus Anlaß der Amtsübergabe einen kurzen Rückblick gibt auf die Entwicklung der Universität während seiner Amtszeit. Ich folge dieser Tradition heute umso bereitwilliger, als ich in einem kurzen zweiten Abschnitt meiner Ausführungen einige Bemerkungen zur Bedeutung universitärer Traditionen machen möchte.

#### Innere und äußere Konsolidierung

Wenn ich den Rückblick auf die Entwicklung der Universität Oldenburg in den vergangenen sechs Jahren mit der Überschrift "Innere und äußere Konsolidierung" versehen, dann geschieht dies mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß auf dem Weg der Konsolidierung ein wichtiger Schritt nach vorne getan, aber noch keineswegs das Ziel erreicht ist. Dies gilt in Sonderheit für die personelle und finanzielle Ausstattung der Universität, die in dieser Hinsicht auch unter den Neugründungen noch relativ schlecht abschneidet und die sich daher umso weniger damit zufrieden geben kann, daß von den neuen

Universitäten in der Bundesrepublik nur zwei auf wirklich soliden Füßen stehen. (Ich entnehme diese Wertung einem Bericht über eine internationale Konferenz am Aspen Institute in Berlin Anfang 1984 zu dem Thema: European and American Universities - Their Responsibilities at the End of the 20th Century.) Die Tatsache, daß es anderen Neugründungen auch nicht viel besser geht, bedeutet keine nennenswerte Verringerung der Wettbewerbsnachteile, die sich aus den personellen und finanziellen Defiziten ergeben. Heute, da die Universität mit der Amtseinführung eines neuen Präsidenten an einem neuen Anfang steht, erscheint mir freilich die nüchterne Bilanzierung des Erreichten sinnvoller als das Wehklagen über die bekannten Defizite, die freilich auch hier nicht ganz verschwiegen werden können.

- Quantitative Entwicklung.

Der sichtbarste und zugleich ansehnlichste Fortschritt ist im Bereich der räumlichen Ausstattung erzielt worden. Mit den Neubauten für die Bibliothek, der Sportanlagen und der Mensa sowie mit dem Neubau für die Naturwissenschaften konnten die universitätseigenen Flächen mehr als verdreifacht und für große Bereiche der Universität hervorragende äußere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Deren leistungsfördernde Auswirkungen sind schon jetzt nachweisbar. Umso nachdrücklicher ist zu fordern, daß der Altbaubestand so schnell wie eben möglich umgebaut werden kann, damit auch die Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften endlich angemessene Arbeitsbedingungen erhalten.

Der Haushalt der Universität ist von 1980 bis 1986 um 70 Prozent, nämlich von 50 auf 85 Millionen jährlich gestiegen,

---

die Zahl der Stellen erhöhte sich von 834 auf 980, die wissenschaftlichen Stellen freilich nur von 390 auf 408, wodurch sich - bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Studierenden von 5.609 auf 9.427 - das Verhältnis Studierende je wissenschaftliche Stelle von 14,4 im Jahr 1980 auf 23,1 im Jahr 1986 verschlechterte. (Angesichts dieser Zahlen beklagen viele Studentinnen und Studenten mit Recht eine zunehmende Verschulung des Studiums.) Der Umfang der von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität eingeworbenen Drittmittel stieg von 4,27 Millionen DM in 1980 auf 6,45 Millionen DM in 1986, die Tendenz ist weiter steigend.

- Inhaltliche Entwicklung

Sie ist einerseits gekennzeichnet durch eine deutliche Ausweitung des Studienangebots im Diplom- und Magisterbereich: im Jahre 1982 überstieg die Zahl der eingeschriebenen Diplom-Studenten erstmals die der Lehramts-Studenten. Heute liegt das Verhältnis bei 5 : 3. Zu dieser für die zukünftige Entwicklung der Universität positiv zu wertenden Schwerpunktverlagerung haben maßgeblich neue Studiengänge beigetragen, die in den vergangenen sechs Jahren eingerichtet werden konnten. Dies verdient hier hervorgehoben zu werden, auch wenn viele in der Universität nach wie vor bedauern, daß die Landesregierung die öffentliche Zusage auf Einrichtung eines Juristischen Studiengangs nicht eingehalten hat.

So positiv die Schwerpunktverlagerung für die gesamtuniversitäre Entwicklung einzuschätzen ist, so wichtig bleibt für die Universität die Aufrechterhaltung ihres traditionellen Schwerpunkts in der Lehrerbildung. Zwischen 1982 und 1984 ist es mit großer Unterstützung aus der Region gelungen, die un-

ter der Überschrift "Konzentration der Lehrerausbildung" drohende einschneidende Reduzierung derselben wenigstens soweit zu verhindern, daß aus den auferlegten Einschnitten kein partieller Kahlschlag wurde, der das wissenschaftliche Spektrum der Universität weit über die Lehrerausbildung hinaus tangiert hätte.

Die inhaltliche Entwicklung der letzten Jahre ist zum anderen geprägt durch die zunehmende Bedeutung der Forschung in allen Fachbereichen und die Herausbildung von Forschungsschwerpunkten. Der Prozeß der sich in diesem Bereich vollzogen hat, ist Folge und zugleich Teil der inneren Konsolidierung. Er ist Folge, insofern die innere Konsolidierung die äußeren Voraussetzungen für die Forschung verbessert hat; er ist Teil derselben. Insofern er ein verändertes Bewußtsein für die Bedeutung der Forschung im universitären Aufgabenspektrum anzeigt.

Ich möchte an dieser Stelle nicht einzelne Schwerpunkte besonders hervorheben, sondern noch einmal unterstreichen. Was ich im Hinblick auf die Attraktivität unserer Universität für zukünftige Studentengenerationen für unerlässlich halte: Die Universität muß - unter Beibehaltung der ganzen Breite ihrer Forschung - einige wenige hochleistungsfähige Forschungsschwerpunkte setzen, mit welchen sie sich als Gesamtheit identifiziert und durch die sie in den deutschen Forschungsgemeinschaften identifizierbar wird! Dies wird nicht nur schwierig zu lösende Probleme der Verteilung knapper Mittel aufwerfen, sondern auch die Bereitschaft aller Wissenschaftler erfordern, über den Zaun des eigenen Forschungsfeldes hinauszublicken und zu erkennen, daß das eigene wissen-

---

schaftliche Ansehen ein Stück weit an die öffentliche Anerkennung der Universität insgesamt gebunden ist.

- Beziehung zum gesellschaftlichen Umfeld.

Zur inneren und äußeren Konsolidierung gehört zweifellos, daß die Beziehungen der Universität zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld in der Stadt und der Region Oldenburg und auch darüber hinaus nachhaltig verbessert werden konnten. Dies ist für eine Neugründung immer ein schwieriges Terrain. Insbesondere deshalb, weil sie bei den Repräsentanten dieses Umfelds oft auf Erwartungen trifft, die sich aus deren eigenen Studienerfahrungen herleiten, die - selbst wenn sie nicht durch den Zeitabstand verklärt sind - ziemlich deutlich abweichen von den gegenwärtigen Bedingungen. Für die Neugründungen der sechziger und siebziger Jahre gilt generell, daß "Alt-Heidelburg" weder in Oldenburg noch anderswo möglich war, vielleicht in Oldenburg als einer der letzten Neugründungen noch weniger als anderenorts. Es ist verständlich, daß es einiger Zeit bedurfte, um die gesellschaftlichen Erwartungen und die universitäre Wirklichkeit einander anzunähern, was - ich betone dies - ein wechselseitiger Prozeß gewesen ist. Hier sind wir in vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Und ich denke, daß Universität und Region in beiderseitigem Interesse diesen Weg fortsetzen sollten. Dabei müssen sich freilich beide bewußt bleiben, daß dieser Weg nie zu einer bruch- oder kritiklosen Übereinstimmung führen kann. In den Universitäten und Hochschulen muß stärker als in anderen gesellschaftlichen Bereichen der Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft präsent bleiben, müssen Forschung und Lehre in Anknüpfung an das Vergangene

und Gegenwärtige der gesellschaftlichen Wirklichkeit voraus-eilen. Neues erdenken und entwickeln, um Zukunft zu gestalten, dies muß immer wieder auch zu Kritik an Bestehendem führen, die Gesellschaft muß diese Kritik aushalten, die Universität muß Formen finden, die die Kritik verstehbar und akzeptabel machen.

#### Zur Bedeutung universitärer Traditionen

In der Aufrechterhaltung des Zusammenhangs von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liegt eine der großen traditionellen Aufgaben der Universität. Kollege Bückmann sieht den eigentlichen kulturellen Wert "der Universität darin, daß sie als Ort der Wissenschaft Merkorgan, Denkorgan und Gedächtnis der Menschheit" ist (Ulmer Universitätsreden, Nr. 6, 1983, S. 19). Diese Aufgabe hat sich außerhalb der Zielsetzung entwickelt, die die verschiedenen Träger und Förderer der Universitäten diesen früher und heute gegeben haben und wie sie auch im § 1 der Statuten der von Humboldt gegründeten Universität Berlin festgeschrieben wurde. Dort heißt es, die Universität habe den Zweck, "... die allgemeine und besondere wissenschaftliche Bildung gehörig vorbereiteter Jünglinge ... fortzusetzen, um sie zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen ...".

Neben dieser Ausbildungsfunktion und den daran geknüpften Aufgaben in der Lehre haben die Universitäten schon sehr früh, schon vor Humboldt, Forschungsaufgaben wahrgenommen, also nicht nur bereits Bekanntes weitervermittelt, sondern auch Unbekanntes erforscht. Sie haben dabei nicht nur



---

neue Methoden entwickelt, sondern auch ein wissenschaftliches Ethos, das die Pflicht zur absoluten Wahrhaftigkeit und Genauigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit sowie zur uneingeschränkten Offenlegung der Arbeitsergebnisse umfaßt.

Zu der Offenlegung gehört traditionell auch die erkennbare Unterscheidung zwischen den Arbeitsergebnissen und den daraus zu ziehenden Folgerungen. Gerade im Hinblick auf das letztere ist vor allem in diesem Jahrhundert das wissenschaftliche Ethos um die moralische Verantwortung des Wissenschaftlers ergänzt worden. Sie ist immer die Verantwortung des einzelnen. Wie der scheidende Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, es formuliert hat "Er (der Wissenschaftler) muß im Bewußtsein seiner moralischen Verantwortung handeln. Ohne dieses Bewußtsein dürfen wir Wissenschaft nicht betreiben."

Vieles an universitären Traditionen ist in den vergangenen Jahrzehnten zur Disposition gestellt worden. Der Zusammenhang von Forschung und Lehre, das Ethos und die Verantwortung des Wissenschaftlers stellen universitäre Traditionen dar, die unaufgebbar sind. Ich bin zuversichtlich, daß in dem Maße, in dem die Universität Oldenburg sich diesen Traditionen verpflichtet fühlt und ihnen gerecht wird, sie unter den deutschen Universitäten Ansehen und Anerkennung erfahren wird.



**MICHAEL DAXNER**

*Rede zur Übernahme des Amtes des Präsidenten der  
Universität Oldenburg*

Sehr geehrter Herr Kollege Zilleßen,  
Herr Ministerialdirigent, meine sehr geehrten Da-  
men und Herren liebe Kolleginnen, Kollegen,  
Freunde und Verwandte!

Für die Glückwünsche und Mahnungen danke ich  
Ihnen. Sie haben selbst gehört und wissen, wie kom-  
plex und widersprüchlich Hochschulpolitik sich nur  
mehr vermitteln kann, wenn wir auf sie nicht gleich  
zugunsten der Finanzpolitik verzichten wollen oder  
die Hochschulen dem Gang beliebiger anderer  
Großinstitutionen überlassen.

Die Erwartungen an Universitäten werden nicht in  
gesellschaftlichem Konsens formuliert. Die Palette  
der Ansprüche reicht vom mythologisch überhöhten  
Weisheitstempel über technologische Kaderschmie-  
den bis zu reinen Dienstleistungsunternehmen, wo  
jeder, der kann, kauft, was er braucht. Um Erwar-  
tungen zu stützen, nützt es nichts, Humboldt oder  
Generationen von Nobelpreisträgern zu bemühen,  
wenn Zeugen für eine vergangene Größe gebraucht  
werden: so, wie man es gerne hätte, gab es diese  
Größe der deutschen Universität nie, und wir dür-

fen die Chance von 1945 nicht einer unbegriffenen Geschichte opfern. Wenn Wissenschaft untrennbar mit der Zukunft der Gesellschaft verbunden ist, dann müssen die Erwartungen aus einer Bestimmung dieser Zukunft sich herstellen. Wissenschaft bedeutet zuerst und vor allem Kritik der Gegenwart und Konkretion des Neuen. Ständige Überarbeitung von Wissen in Lehre und Forschung ist dazu notwendig, damit die Perspektiven für die Zukunft nicht bloße Verlängerung des Vergangenen werden. Dies ist kein idealistisches Konzept, bei aller Achtung vor Neugierde, Forscherdrang und Tradition. Wenn Wissenschaft die Wahrheit der Zukunft, der möglichen Zukünfte, denken soll, dann brauchen die Universitäten Stellen, Räume, Geräte, Bücher, Geld - und umso mehr Freiheit, je mehr wir neue Territorien betreten wollen und je vielfältiger die Gruppen der Bevölkerung sind, die wir erreichen wollen. Ich werde zunächst einige sehr praktische, kurzfristige Probleme ansprechen, die das Verhältnis von Aufgaben und Arbeitsbedingungen deutlich machen. Dann wende ich mich weiteren Perspektiven der Hochschulpolitik zu, die geeignet sein mögen, Identifikationen und Selbstverständigung über die Universität herbeizuführen. Konsens oder Konflikt? - dies ist keine Frage, die wir vor einer Auseinandersetzung um die Beziehung zwischen Universität und Gesellschaft vorschnell beantworten dürfen; die Antworten liegen teilweise in dem Beitrag, den die Wissenschaft in der Analyse der Gesellschaft leistet. Nun zu einigen konkreten Problemen:

1. Die Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes an das zum dritten Mal novellierte Hochschulrahmengesetz (HRG) steht bevor.

---

Das HRG ist so wenig geeignet, die großen Probleme der Hochschulen zu lösen, daß uns die Anpassung mit Sorge erfüllen muß. Ich kann hier nicht in Details gehen, aber ich muß vom Landesgesetz erwarten, daß es nicht bloß bundestreu formuliert, sondern zusätzliche Impulse ins Gesetz aufnimmt. Ich nenne beispielhaft: mehr Spielraum für hochschulspezifische Entwicklungen geben; den öffentlichen Auftrag der Hochschulen und die Bedeutung der Hochschulforschung in den Aussagen zur Forschungsorganisation stärken; die m. E. ungenügende Repräsentanz aller Statusgruppen in den Mitbestimmungsgremien verbessern. Wissenschaftspolitische Bundespräsenz der Landesregierung und der Hochschulen ist hier gefordert, aber Sie wissen so gut wie ich: das Gesetz ist nur ein Faktor in der Hochschulpolitik.

2. Den Mittelbau nenne ich die zentrale Problemgruppe der derzeitigen Hochschulpolitik. Es handelt sich nicht nur um "Nachwuchs", und das organische, biologistische Bild: Student/in - Nachwuchs - Professor/in, stimmt eben auch nicht. Ohne angemessen zahlreichen und sozial abgesicherten Mittelbau wird es keine Zukunft der Hochschulen geben - und keine Zukunft hochschulfreier Forschung. Deutlich gesagt: Für Qualifikationsstellen, zur Promotion, ggf. zur Habilitation, sind befristete Stellen akzeptabel. Zur Regeneration und Entwicklung der Wissenschaften taugen sie nicht: Rotation ist kein Qualifikations-Stimulans, das läßt sich beweisen, nicht zuletzt am Beispiel der USA. Aber mit der Realität der Stellenstreichungen im Mittelbau läßt sich auch beweisen, daß ganze Wissensfelder verdorren müssen, ohne daß die Verlagerung von Stel-

len anderswohin diesen Verlust kompensieren könnte. Wer von Elite und Nachwuchsförderung spricht, muß dies vor dem Hintergrund der folgenden Zahlen tun: Die jährliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Wissenschaft beträgt 7.000 bis 8.000 Zugänge, davon 600 bis 800 Habilitierte. Zugleich sind zwei Drittel des wissenschaftlichen Personals Nichtprofessoren, davon arbeiten wiederum zwei Drittel befristet. Aber von diesen sind nur ein Fünftel auf Qualifikationsstellen. Vier Fünftel der Friststelleneinhaber/innen qualifizieren sich neben ihren Dienstaufgaben. Durchschnittliche Vertragsdauer ist 1,7 Jahre (Quelle: Ludwig Huber 1985/6). Wer kann da ehrlicherwise behaupten, erstklassige Wissenschaft könne angesichts dieser Realität breit sich entfalten?

Zugleich müssen wir bitter konstatieren: Zwischen 1965 und 1971 stiegen die Bildungsausgaben je Studierenden von 15 000 auf 20.000 DM im Jahr. Seit damals fallen sie kontinuierlich und liegen heute mit ca. 12.000 DM weit unterhalb des Wertes für 1965 (Quelle: Baethge, Hartung, Husemann, Teichler).

Das sind Realitäten, vor denen jede Bildungspolitik sich präsentieren muß. Wie Art. 12 des Grundgesetzes Berufsfreiheit allgemein garantiert, so darf der Beruf von Wissenschaftlerinnen/-ern nicht auf ein Übergangsstudium im Lebenslauf reduziert werden.

3. Die Arbeitsbedingungen des nicht-wissenschaftlichen Personals und die soziale Not vieler Studierender sind leider nicht hinreichend problematisiert. Wenn Höchstleistungen gefordert werden, darf der Bereich der Dienstleistungen nicht überlastet werden

- das ist ein Gebot der Sozialpolitik, aber auch der wissenschaftlichen Kooperation. Wer studentische Brillanz erwartet und Studienzeiten verkürzen will, darf nicht den studentischen Arbeitsmarkt zu einer Dauerinstitution des Nebenerwerbs machen. Mehr Tutoren- und Hilfskraftstellen sind hier neben einer Bafög-Reform angezeigt.

4. Die Qualität von Lehren, Lernen, Forschen und Beraten muß verbessert werden, sie muß differenziert werden. Dazu brauchen wir Geld, Stellen, disziplinierten Umgang miteinander, Strukturreformen. Dazu brauchen wir aber auch eine Veränderung der Haltung des Ministeriums: die unscharfe Grenze zwischen legitimer Rechtsaufsicht und als zweckmäßig deklariertes Fachaufsicht schnürt die Universitäten dort am meisten ein, wo sie kreativ und eigenwillig sein können. Studien- und Prüfungsordnungen dürfen nicht einer fragwürdigen Vergleichbarkeitsnorm zum Opfer fallen, wenn andererseits überall doch der Wettbewerb die Devise ist. Die Universität braucht mehr Einfluß auf eine aktive Mitgestaltung des Arbeitsmarktes. Die Kooperation mit Wirtschaft und Arbeitnehmerorganisationen erfordert mehr Einfluß auf das Profil der möglichen Studienabschlüsse. Ich fordere keine Willkür oder Beliebigkeit von Fach zu Fach, sondern eine angemessene bildungsökonomische und bildungspolitische Interventionskompetenz der Universität. Hier dürfen wir uns nicht scheuen, von Ländern mit massendemokratischem Bildungsanspruch zu lernen - ich denke vor allem an die USA.

5. Ein Wort zur Stellensituation. Der Versuch von Minister Dr. Cassens, wenigsten Stellenbestands-wahrung zu erreichen, verdient Respekt. Aber es ist

nicht einzusehen, daß zugleich die Stellenumschichtungen zu Lasten der Kultur- und Sozialwissenschaften gehen, also gerade dort der Mittelbau verschwindet, wo die Innovationsbedürftigkeit am größten ist. So sieht das auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die sich verstärkt um den kulturstiftenden Bereich der Wissenschaft bemüht. Jahrelang ist in diesen Wissenschaften eine Reduktion der Kompetenz durch Überlast erfolgt, und jetzt sollen Stellen reduziert werden, anstatt daß ein Aufholen in der Forschung angeregt wird. Durch Unterschreiten von Mindestgrößen können Wissensgebiete für Jahrzehnte zerstört werden. Dies kann eine auf Wahlperioden fixierte Wissenschaftsverwaltung schwerlich vor uns und der Nachwelt verantworten.

Genug der Beispiele. Ich komme zu Strukturfragen, die mir besonders wichtig sind.

Wenn es überhaupt einen möglichen Konsens über die gesellschaftliche Funktion der Hochschulen gibt, dann meint er die Öffentlichkeit dieser Institution. Das heißt nicht, daß der Staat diese Öffentlichkeit substituieren und okkupieren darf; und es heißt nicht, daß private Träger willkürlich Teile der Öffentlichkeit ausgrenzen dürfen, sei es aus sozialen oder ideologischen Gründen. Öffentlichkeit bedeutet, daß die Universität zugänglich sein muß für die Menschen und die Probleme dieser Menschen. Wissenschaft ist nicht unbegrenzt offen für alle Wünsche, sie kann nicht alle Probleme lösen; aber sie muß sich kompetent für die Analyse und Artikulation dieser Probleme machen. Öffentlichkeit heißt noch mehr:



- ungefragt die Wahrheiten der Wissenschaft veröffentlichten,

- ungebeten warnen und sich einmischen, wo immer sich Wissenschaftler/innen dazu legitimiert wissen. Diese Legitimation wird nicht so sehr aus dem Dienstrecht abzuleiten sein, als sie der Struktur von Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft geschuldet ist. Zur sozialen Öffnung der Hochschulen, die erhaltenswert ist und erweiterungsfähig erscheint, muß die intellektuelle Offenheit hinzutreten. Das setzt hohe ethische Maßstäbe für die Wissenschaft und auch die Fähigkeit zur Selbstkritik voraus, es setzt bei der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Akzeptanz ungewohnter und unbequemer Resultate von Wissenschaft voraus. Aus beidem kann sich eine enge, aber nicht bedingungslose Kooperation entwickeln. Meine Damen und Herren, es tut mir leid, auch an diesem guten Tag auf eine Bedrückung hinweisen zu müssen, die uns allen durch die Verfahren zur Prüfung der Verfassungstreue und die gesinnungsabhängige Disziplinierung erwächst. Für die einzelnen Betroffenen bedeuten sie Zerstörung sozialer und psychischer Identität, der Wissenschaft aber bringen sie Verlust an Substanz und die Aufforderung zur Heuchelei, dem Staat schließlich erwächst aus einer Verkehrung des Gewaltmonopols die Gefahr von Illoyalität und kultureller Erosion. Ich bitte hier nicht um Toleranz, hier fordere ich sie.

Gesinnung und Wissenschaft dürfen nicht vom Staat über das Dienstrecht verknüpft werden, die politische Kultur kann nicht administrativ normalisiert werden. Justiz und Verwaltung sind ebenso wie die Politiker aufgefordert, dem unwürdigen Verfahren

ein Ende zu bereiten. In anderen Bundesländern und in vielen westlichen Demokratien sind diese Verfahren abgeschafft oder unbekannt. Die Hochschulen, wollen sie vor sich bestehen, müssen weiterhin einen Beitrag dazu leisten, Toleranz und Minderheitenschutz zu produzieren und zum Bestandteil öffentlicher Bedürfnisse werden zu lassen. Solche zeichnen die gefestigte Demokratie stärker aus als administrative Regelung politischer Konflikte.

In einem Klima öffentlichkeitsorientierten Forschens und Lehrens können wir gleichwohl nicht auf gleichmäßige und allseitige Expansion aller Disziplinen bauen. Dies aus den bekannten materiellen Gründen, mehr noch wegen der unterschiedlichen Dynamik der Fächer, ihren Konjunkturen, Traditionen, Lobbies und Gegnern. Gerade wegen dieser Ungleichmäßigkeiten müssen die Disziplinen ihre Grundausrüstung längerfristig und bei schwankenden Studentenzahlen halten können, solange sie nachweisen können, daß Fachgeschichte und Systematik wichtige Wissensbereiche umfassen, die nicht verschwendet werden dürfen. Aber es muß zu Schwerpunktbildungen, zu Profilierungen kommen. Dazu wird staatliche Schwerpunktförderung beitragen, ebenso wie Berufungspolitik. International ausgerichtete Forschung an der Universität Oldenburg signalisiert bereits jetzt den Anspruch auf Universalität. Aus der Region erbitte ich hierzu weiterhin Anregungen und Bedürfnisse. Aber es gibt darüber noch Probleme, die ich die zentralen "Projekte" der Wissenschaft in dieser Gesellschaft nennen möchte. In diskutierbarer Reihenfolge nenne ich Problemfelder der

- Friedenssicherung,

- Gleichstellung der Frauen,
- Ökologischen Strukturplanung. - Reorganisation der Arbeit,
- Demokratisierung und Vermenschlichung unserer Verkehrsformen.

Für die Forschung folgen aus diesen Problembereichen ganz praktische Konsequenzen: Kooperation von Natur- und Sozialwissenschaften, Technology Assessment, Begleitforschungen, Bereitstellung von Expertisen für Ökologiepolitik und Planung in der Sozialpolitik, um einige zu nennen. Diese Perspektiven ersetzen nicht den traditionellen Aufgabenkatalog, sie ergänzen und erweitern ihn.

Hier wird viel davon abhängen, wie die Universität ihre Qualitätsansprüche setzt, und wie glaubwürdig sie nach innen und außen vertreten werden. Höchste Ansprüche an Forschung und Lehre vertragen sich durchaus mit den genannten Prinzipien. Von der Öffentlichkeit, die Sie heute repräsentieren, meine Damen und Herren, darf die Universität erwarten, daß ihr gerade dort kritische Solidarität entgegengebracht wird, wo wir ungesicherten Boden betreten, wo die Experimente neuer Studiengänge. Forschungsvorhaben, Denkweisen nicht schon je auf ein behagliches déjà-vu beim Beobachter treffen. Ich sage sehr deutlich: die Universität ist rechenschaftspflichtig. Sie muß transparent aufweisen, wie sie mit ihren Aufträgen umgeht, wohin der Weg führt. Aber die Wissenschaft hat auch das Recht, nicht durch Vorurteile und Ressentiments regiert zu werden. Gerade angesichts der teilweise erfolgreichen Überwindung anti-intellektueller Traditionen in Deutschland müssen wir uns hüten, wieder mit dem unvermittelbaren Nebeneinander von ökonomischer

Dynamik und kultureller Selbstbeschränkung, mit der falschen Liebe zu unbegriffenen "Vorbildern" konfrontiert zu werden. Die Universität setzt dem die stolze und zugleich aufgeklärt bescheidene Liebe zur vernünftigen Wahrheitssuche entgegen und will so respektiert sein.

An dieser Stelle genau wende ich mich der Einbindung der Universität in die Region zu. Vielfältige Kontakte, Vereinbarungen, Aufträge, Repräsentationen zeigen eindrucksvoll, wieviel hier schon erreicht wurde - die Leistung von Horst Zilleßen muß hier deutlich herausgestellt werden. Regionaler Austausch, das bedeutet Wechselseitigkeit im kulturellen, wissenschaftlichen und praktischen Anspruch, im Geben und Nehmen. Der Preis für die regionale Akzeptanz wird auch durch die der Universität entgegengebrachten Ansprüche und Leistungen bestimmt. Die Universität ist selbst ein strukturierender Faktor regionaler Kultur und Ökonomie. Und es gilt im kleinen, was auch gesamtstaatlich gilt: zur Stabilisierung dieses Faktors bedarf es der Investitionen, materieller und ideeller. Ich meine damit zum einen Aufträge, Kooperationsvereinbarungen, Ausbauprojekte, gemeinsame kulturelle und sportliche Veranstaltungen. Ich meine aber auch Zuwendungen in Form von Spenden, Stiftungen und jener Unterstützungen, die nicht gleich den Druck unmittelbar konkreter Auftragserfüllung setzen. Jedes Veranstaltungsverzeichnis soll die Liste der fördernden Personen und Institutionen mit dem gleichen Stolz nennen, wie irgendwann "Oldenburg" regelmäßig hinter den hier erworbenen akademischen Graden stehen wird. Fördern Sie, meine Damen und Herren, die Hochschulforschung gerade auch

---

dort, wo die gesamtstaatliche große Fördersystematik Defizite aufweist. Stiften Sie Bücher, Stipendien, Geräte, lassen Sie zu, daß den Universitätsangehörigen und damit auch der Öffentlichkeit kleine Universitätsmuseen für Lehre und Forschung zur Verfügung stehen, seien Sie Teil der akademischen Kultur und setzen Sie auch hier Maßstäbe für die Bundesrepublik. Wo Sie es bereits sind, bitte ich Sie dankbar um Fortsetzung Ihrer Unterstützung. Ich sichere Ihnen strengste öffentliche Rechenschaftslegung über die Verwendung von derartigen Zuwendungen zu. Sie werden verstehen, daß dieses Vertrauen umso gegenseitiger sein kann, je deutlicher die Universität über den Mitteleinsatz entscheidet. Gegenüber dem Staat, dem Träger der Universität werde ich nachdrücklich die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach angemessener Finanzierung ihrer Forschung vertreten. Auf diese Absicherung gibt es ein öffentliches Recht. Wir können gute und immer bessere Leistungen erbringen, aber es gilt: Die Hochschulen wollen nicht des Kaisers neue Kleider im Forschungsland Niedersachsen tragen, sondern gut sichtbare Arbeitskleidung aus solider Währung.

Wir brauchen diese Ausstattung, um zu forschen und zu lehren und um Aufträge und Beratungsfunktionen gut zu erfüllen. Unsere Verpflichtung gilt immer auch jenen, die der Wissenschaft bedürfen, aber Resultate nicht einfach kaufen können.

Die Glaubwürdigkeit der Unterstützung dieser Universität wird auch daran zu messen sein, wieviel Freiheit in der Interpretation Ihres Auftrags ohne ökonomische oder ideologische Demütigung uns gewährt wird. Dazu, und ich wende mich hier an

---

Hannover, dazu gehört eine überdurchschnittliche Zuweisung von Ressourcen in die westniedersächsische Hochschulregion, gerade nach Oldenburg. Wir beanspruchen dies nicht als Privileg oder gar als Subvention. Aber wenn der Gesetzgeber Universitäten will, dann muß er seinen neuen Hochschulen die Chance geben, ihre Wünsche und ihr Profil nicht als Newcomer oder als Lehrbuben alteingesessener Anstalten zu gewinnen; die parlamentarische Unterstützung durch die Vertreter/innen aller Parteien der Region erbitte ich hier herzlich. Die Einbindung in die Region deute ich auch kulturell. Die intellektuelle und moralische Region der Universität endet nicht an den Grenzen des Regierungsbezirks. Aber so wichtig internationale Beziehungen, kosmopolitischer Habitus und nicht-provenzielles Denken sind: hier, in Oldenburg, steht diese Universität, hier hat sich die Attraktivität einer studentischen Lebenswelt zu beweisen, hier vollzieht sich Integration, aber auch Differenzierung von Hochschule und sozialem, politischem, kulturellem, wirtschaftlichem Umfeld, hier ist Wissenschaft Teil des Alltags politischer Kultur. Anteilnahme soll zur Teilhabe an der Universität führen, umgekehrt soll die Universität an den Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Region Anteil nehmen. Die Ansätze zur Kooperation, z. B. mit dem DGB oder in Form der Arbeitsstelle DIALOG und beispielhaft mit dem Alfred-Wegener-Institut bilden eine vielversprechende Ebene dieser Anteilnahme. Solches wird unsere Position in der Forschungslandschaft nur stärken können. Versuche, Arbeitslose, Senioren, Berufstätige zu integrieren, stellen eine andere Ebene dar. Besonders wichtig ist es, Frau-

enförderung, Frauenforschung und Gleichstellung nicht zu Worthülsen männlicher Politik verkommen zu lassen: in der Vizepräsidentin sehe ich mehr als nur einen symbolischen Markstein, und ich bitte Sie alle herzlich, die Frage, ob und wie sehr die Zukunft der Wissenschaft weiblich sein muß, nicht als rhetorisch abzufertigen. Schließlich gehört zur Anteilnahme auch das Akzeptieren jener spezifisch-inneruniversitären Bemühungen um Demokratie, die Außenstehenden oft seltsam vorkommen: sie sind ebenso mühsam wie unerlässlich.

Von unseren in- und ausländischen Partnern, besonders aus Groningen und Thorn, wünsche ich mir Zusammenarbeit, Rat und Unterstützung, und wo nötig, soll es an Bereitschaft zu gemeinsamer Sprache in Hannover, Bonn oder bei den Wissenschaftsorganisationen nicht fehlen.

Ein letztes Problem: Wir können uns gegen elitäre Vereinzelungen nur durch höchstmögliches Niveau für möglichst Viele schützen. Ich verstehe die Universität als die zutiefst republikanische Einrichtung: Wissenschaft ist als res publica, als öffentliche Sache zu begreifen, um sie, mit Jaspers, zu einem "Forum für die Fragen der Zeit" zu machen. Sorgfalt in der Beobachtung von Bedürfnissen, Unabhängigkeit und Kompetenz im Urteil und strikteste Verpflichtung auf den Wahrheitsanspruch werden für die Hochschulpolitik der Zukunft wichtiger denn je sein.

Meine Damen und Herren!

Ein Präsident hat keinen unbegrenzten Handlungsspielraum. Ich werde in den kommenden Jahren mich dem Programm verpflichtet wissen, das die Gruppen in der Universität sich geben, und das aus den Verhandlungen mit Staat und Öffentlichkeit

sich ergibt. Ich werde öffentliche Ansprüche mit den Bedürfnissen der Hochschule zu vermitteln haben, ich werde zu integrieren haben, ohne Illusionen zu wecken oder Konflikte zur Unzeit einzuebnen. Darin soll sich meine Arbeit nicht erschöpfen. Ich habe viele Jahre in der Hochschulforschung gearbeitet, und aus meiner Erfahrung in Forschung, Lehre und Studienreform werde ich versuchen anzuregen, zu kritisieren und vor allem zu ermutigen. Mut und Zivilcourage sind wichtig, damit Wissenschaft als Beruf nicht vor der Realität kapitulieren muß. Ich fühle mich den Traditionen verpflichtet, bei denen Sie alle in und außerhalb der Universität die Arbeit und die Tendenzen der Wissenschaft präsentiert erhalten, und ich bekämpfe solche Traditionen, in denen die Hochschule nur als Geisterwesen idealisiert und gezähmt erscheint. Sicher werden mein Stil und meine Arbeitsformen eine oldenburgische Assimilation erfahren. Umgekehrt werde ich, der Aufgabe meines Amtes angemessen, versuchen, mir Offenheit und Lernfähigkeit, Diskurs und Engagement gegenüber Region und Gesellschaft zu verschaffen und zu erhalten.

Die Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen mit einer Mehrzahl von Spekulationen und Ressentiments, meine Person betreffend, bedient. Wer Hypothesen verteilt, möge darauf achten, daß er nicht seinen eigenen Besitz damit entwertet. So wie meine Loyalität sich nicht von Sympathien und Antipathien leiten lassen darf, mache ich den Anspruch geltend, daß mir und damit der Universität jene vorurteilslose Interessiertheit entgegengebracht wird, die der Institution öffentlicher Wissenschaft einzig angemessen ist. Sie werden von mir wenige Ver-



---

sprechungen hören, aber meine Praxis als Präsident dieser Universität steht öffentlicher Beurteilung offen - und sie wird die Kritik liefern. Gegen eine Diffamierung von Personen, die immer auch der Universität im Ganzen schadet, werde ich mich jedenfalls im Interesse der Integrität dieser Hochschule wehren.

Nachdenklich schließe ich mit Bertold Brechts kurzer Betrachtung aus den Keuner-Geschichten:

"Wer das Wissen trägt, der darf nicht kämpfen; noch die Wahrheit sagen; noch einen Dienst erweisen, noch nicht essen; noch die Ehrungen ausschlagen; noch kenntlich sein. Wer das Wissen trägt, hat von allen Tugenden nur eine: daß er das Wissen trägt", sagte Herr Keuner.

Wenn diese Universität das Tragen des Wissens den Menschen unserer Gesellschaft unverstellt und vorbehaltlos erleichtert, wäre viel gewonnen.

## **MICHAEL DAXNER (1947)**

Präsident der Universität Oldenburg. Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. Phil.; 1971-1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Kommission für Hochschulplanung beim BMWF. Vertreter bei OECD-CERI Projekt IMTEC (Paris) und bei EUDISED (Europarat, Straßburg). Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück.

1983-1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985-1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück.